

Integration: Ausser Spesen nichts gewesen

Thurgau Am Anfang standen explodierende Ausgaben für Ergänzungsleistungen (EL), welche AHV- und IV-Bezüglern das Existenzminimum sichern. 2012, als eine Arbeitsgruppe nach Kostendämpfungsmassnahmen zu suchen begann, gab der Kanton Thurgau jährlich schon 101 Millionen Franken für EL aus – 55 Prozent mehr als noch 2004. Zu den Vorschlägen gehörte auch ein Pilotprojekt «Integrationsmassnahmen im EL-Bereich». Ziel: IV-Bezüglern sollten wieder in den Arbeitsprozess integriert werden. Und selbst zu ihrem Lebensunterhalt beitragen, um die EL-Rechnung zu entlasten.

So weit die Theorie. Die Praxis des 2016 lancierten Pilotprojekts sah anders aus. Es gebe kein erfolgreiches Beispiel, sagt Andy Ryser, Leiter des Sozialversicherungszentrums Thurgau, auf Anfrage. Dieses hatte mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit und dem Migrationsamt die Federführung. Die Regierung hatte als Vorgabe eine Erfolgsquote von 25 Prozent gesetzt. Am Mitteleinsatz kann es nicht gelegen haben. Selbst der Kanton bezeichnet nun in seiner Mitteilung zum Abbruch des Projekts die Kosten als «unverhältnismässig hoch». 10 000 Franken waren pro Person für Intensivdeutschkurse vorgesehen. 36 000 Franken sollten pro Person in Aufbautrainings und Praktika investiert werden. Weil aber keiner der bis dato sechs Teilnehmer die Massnahmen beendete, hat der Kanton bis Übungsabbruch lediglich 50 000 Franken ausgegeben. Gescheitert sei das Projekt auch daran, dass der finanzielle Anreiz für die IV-Bezüglern zu klein gewesen sei.

Führt man sich den Bericht der Arbeitsgruppe von 2013 zu Gemüte, waren die Annahmen euphorisch. Bei 500 Personen bestehe im Thurgau ein Eingliederungspotenzial. Zwar müsse zunächst investiert werden, dann aber würden sich potenzielle Einsparungen von 3,2 Millionen Franken pro Jahr ergeben. Daran mochte jetzt auch die Regierung nicht mehr glauben. (ck)



In der Kirche St. Stefan in Amriswil werden Reliquien in die Barmherzigkeitskapelle überführt.

Bild: Nana do Carmo

Der Vorsteher verschwindet

Thurgau Die Landeskirche folgt den Bischöfen: Die Bezeichnung Vorsteherschaft gibt es künftig nicht mehr. Mit der neuen Verfassung soll die Demokratie gestärkt werden.

Thomas Wunderlin
thomas.wunderlin@thurgauerzeitung.ch

Die Schweizer Bischöfe stören sich seit jeher an der Bezeichnung Kirchenvorsteherschaft, die im Thurgau üblich ist. «Der Papst steht der katholischen Kirche vor», erklärt Urs Brosi, Generalsekretär der katholischen Landeskirche des Kantons Thurgau, die Haltung der Bischöfe. Die Vorsteherschaft führe nur die Kirchgemeinde. Nun haben die Thurgauer ein Einsehen.

Bei der Revision des Kirchenorganisationsgesetzes von 1968 soll der «Kirchgemeinderat» die «Kirchenvorsteherschaft» ersetzen. Das schlägt die achtköpfige, vom Kirchenrat eingesetzte Kommission vor. Nach ihrer Meinung ist die Bezeichnung Vorsteherschaft ohnehin veraltet.

Hingegen hält die Kommission an den Bezeichnungen «Landeskirche» und «Kirchgemeinde» fest. Die Bischöfe hätten gern, wenn das Wort «Kir-

che» darin verschwände, da es sich nur um Parallelorganisationen handle, die das kirchliche Leben finanziell ermöglichen. Im Kanton Zürich heisst die Landeskirche «Römisch-katholische Körperschaft», wie es sich die Bischöfe wünschen. «Das versteht niemand ausserhalb der Kirche», sagt Brosi.

Bis Anfang Mai läuft die Vernehmlassung. Abgeschlossen wird die Revision mit einer Volksabstimmung innerhalb der Landeskirche. Ausserdem muss der Thurgauer Grosse Rat zustimmen. Das Kirchenorganisationsgesetz soll durch eine Landeskirchenverfassung ersetzt werden, die von einem Landeskirchen- und einem Kirchgemeindegesezt ergänzt werden. Damit werden zukünftige Änderungen von untergeordneter Bedeutung erleichtert. Das katholische Parlament, die Synode, kann die beiden Gesetze in eigener Kompetenz ändern. Das Kirchenvolk und der Grosse Rat müssen nur

noch für Verfassungsänderungen bemüht werden. Die Kommission hält die Neuerung für nötig, da die Kirche «in einer immer deutlicher werdenden Umbruchsituation steht».

Zweckverbände hebeln Demokratie aus

Diese zeigt sich unter anderem an den Pastoralräumen, zu denen die Kirchgemeinden in den letzten Jahren zusammengeführt worden sind. Der Kirchenrat will gemäss Kommissionsbericht dafür sorgen, dass die «demokratische Grundstruktur der Kirchgemeinden nicht durch die Verbandsstruktur ausgehebelt werden». Ein Kirchgemeindevorstand soll nur eine begrenzte Zahl von Aufgaben der Kirchgemeinden übernehmen dürfen, die maximal 40 Prozent der Steuererträge der beteiligten Kirchgemeinden verschlingen. Diese Obergrenze sei heikel, sagt Brosi. Sie baue einen Druck zur Fusion der Kirchgemeinden auf, da die

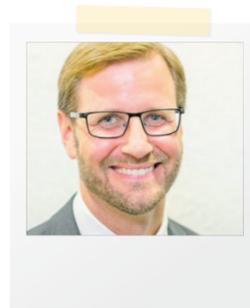
Grenze in fast allen der zwölf Pastoralräume überschritten werde.

Wiederkandidierende Pfarrer sollen sich einer normalen Wahl stellen müssen. Bisher war das nur der Fall, wenn es 20 Prozent der Stimmberechtigten mit ihrer Unterschrift verlangten. Bei Pfarrrwahlen sollen leere Stimmen bei der Ermittlung des absoluten Mehrs zählen. Denn in der Regel gibt es nur einen einzigen Kandidaten. Ihn nicht zu wählen, ist sonst praktisch unmöglich. Pfarrer sollen das Stimmrecht in den Kirchgemeinderäten verlieren, wie das Bundesgericht schon 1994 verlangte.

Katholische Ausländer wissen oft nicht, dass sie das Stimmrecht in der Kirchgemeinde haben. Sie müssen sich allerdings registrieren lassen – diese Bestimmung soll nun fallen. Die Synode soll von rund 90 auf 60 Sitze verkleinert werden. Damit könnte es leichter werden, geeignete Kandidaten zu finden, meint die Kommission.

Polaroid Der Anti-Güntzel der SVP

Im Polittheater der Woche hätte die SVP gern Regie geführt, mit Karl Güntzel in der Hauptrolle. Doch es kam bekanntlich anders. Güntzel, offizieller Kandidat für den neuen Posten im St. Galler Verwaltungsgericht, wurde von der Bühne gejagt, das Parlament wählte Stefan Zürn. Im ganzen Hickhack ging dabei fast ein anderer SVP-Richter vergessen: Patrick Guidon, bisher Vize-Ge-



richtspräsident, wurde am Montag mit 115 von 117 Stimmen zum Präsidenten des Kantonsgerichts gewählt. Guidon ist so etwas wie der Anti-Güntzel der SVP – ein international vernetzter Vorzeigjurist mit schon fast beängstigendem Leistungsausweis. Der gebürtige Bündner war stellvertretender Generalsekretär am Bundesstrafgericht in Bellinzona, sitzt in diversen Kommissionen und Expertengremien von Bund und Kantonen, ist Vizepräsident der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter, Instruktor an der Polizeischule Ostschweiz. Als Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen hält er regelmässig Vorträge mit Titeln wie «Ist dies schon Wahnsinn, so hat es doch Methode – vom Umgang des Richters mit psychiatrischen Gutachten». Im persönlichen Kontakt ist der vierfache Familienvater mit Jahrgang 1976 ein Gentleman mit vollendeten Umgangsformen, geschliffen in etlichen internationalen Gremien, wie beispielsweise der Coalition for an International Criminal Court am UNO-Hauptquartier in New York oder dem Royal Court of Justice of Bhutan. Dass er obendrein noch für ein lokales Hilfswerk Projekte koordiniert und dafür regelmässig nach Senegal reist, erstaunt da kaum mehr. (ar)

Gamen gegen die Schuldenfalle

Finanzkompetenz Das Lernspiel Finance Mission Heroes wurde entwickelt, um Jugendlichen den Umgang mit Geld beizubringen. Gesponsert wurde das Projekt von den Schweizer Kantonalbanken.

27 Prozent der 18- bis 24-Jährigen in der Schweiz leben gemäss dem Bundesamt für Statistik in einem Haushalt mit Zahlungsrückständen. Der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) hat gemeinsam mit dem Syndicat des enseignants romands (SER) und den Schweizer Kantonalbanken den Verein Finance Mission gegründet. In dessen Rahmen wurde das digitale Lernspiel Finance Mission Heroes für die erste Sekundarstufe entwickelt, welches Jugendlichen Finanzkompetenz spielerisch vermitteln soll. Mit dem sogenannten Serious Game sollen die Jugendlichen die Prinzipien der Marktwirtschaft und die Folgen ihres Konsums besser verstehen.

Im Spiel werden die Schüler zu Superhelden, die ihre Stadt von Geld stehlenden Robotern befreien müssen. Dabei müssen sie

geeignete Finanzierungsstrategien für Ausrüstungsgegenstände wählen, ihr Geld richtig budgetieren und ihre Zeit sinnvoll einteilen. Ausserdem wurden – um auf das echte Leben anzuspüren – Luxusgüter ins Spiel eingebaut. So kann man etwa einen stylischen Heldenanzug kaufen – weiterbringen wird einen dieser aber nicht. Die Schüler können anhand von Finance Mission Heroes spielerisch ausprobieren, wie sie ihr Geld am besten verwalten.

Gamen kann klug machen

Doch kann ein Videospiel wirklich beim Lernen helfen? Beat W. Zemp, Vorstandspräsident des Dachverbands der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, ist überzeugt: Gamen kann klug machen. Im Spiel sehe er sogar Erweiterungspotenzial im Bereich moderner Lehrtechniken – das Sys-

tem sei noch lange nicht ausgeschöpft. Lilian Geiger ist von der Wirksamkeit des Spiels nicht überzeugt. Natürlich könne ein Spiel für die Thematik sensibilisieren. Finanzkompetenz zu erlernen solle aber schon viel früher

beginnen – im eigenen Zuhause. Da einige Eltern dieser Aufgabe nicht entgegenkommen können, sei es gut, wenn Schulen das Thema aufgreifen würden. Ob ein Lernspiel die richtige Herangehensweise ist, sei eine andere Fra-

ge. «Immerhin könnten die Kinder auch einfach Monopoly spielen», sagt Geiger.

Ins Auge sticht einem das Logo der Schweizer Kantonalbanken, offizielle Sponsoren der Finance Mission. Beat W. Zemp hat allerdings keine Zweifel, den richtigen Sponsor gefunden zu haben: «Der Lehrerverband hat Richtlinien zum Umgang mit gesponsertem Unterrichtsmaterial erstellt. Die Kantonalbanken richten sich exakt nach diesen.» Laut dem CEO der St. Galler Kantonalbank, Roland Ledergeber, geht es seiner Bank bei Finance Mission nicht primär um Kundengewinnung. Als Bank habe sie eine gesellschaftliche Verantwortung gegenüber den Schulen. «Aber natürlich schadet es auch unserer Reputation nicht.»



Jugendliche erklären Erwachsenen in der Schule Goldach das Spiel Finance Mission Heroes.

Bild: Michel Canonica

Christina Klein
christina.klein@tagblatt.ch

Caritas schliesst ihr Restaurant

Cantinas Die Caritas St. Gallen Appenzell muss ihr St. Galler Restaurant Cantinas, in dem anerkannte Flüchtlinge und junge Arbeitslose Arbeit fanden, infolge abnehmender Zuweisungen per Mitte 2017 schliessen. Ebenso wird das Job-Coaching eingestellt und die Administration verschlankt, wie die Caritas mitteilt. Dies hat einen Abbau von 2,4 Vollzeitstellen zur Folge und betrifft vier Mitarbeiterinnen. Die Caritas konzentriert sich künftig stärker auf ihren Kernauftrag «Armutsbekämpfung» und den Leistungsauftrag seitens der katholischen Kirche St. Gallen, die einen Beitrag von jährlich 1,2 Millionen Franken leistet. Die Caritas-Angebote wie Märkte, Sozial- und Schuldenberatung oder Kultur-Legi bleiben bestehen. (red)